

Mit Unterschriftenbogen: Schützen Sie Ihre Freiheit und unterschreiben Sie die Volksinitiative «Eigenständiges Handeln in Familien und Unternehmen (Kindes- und Erwachsenenschutz-Initiative)»! Seite 14



Juni 2019



SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



SEITE 3

*SVP-Nationalrätin-
nen fordern: Stopp
der importierten
Gewalt*



*Neues unabhängiges Gutachten zeigt:
Das EU-Abkommen ist eine Gefahr für
die Gemeinden und Kantone*

SEITEN
4 - 5



SEITE 10

*Die Schweiz
braucht eine
Verkehrspolitik
ohne ideologische
Scheuklappen*

Die SVP in den Schweizer Medien

AARGAUER ZEITUNG

START AARGAU SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT SPORT LEBEN

Jetzt aktuell: Frauenstreik • Eidgenössisches Turnfest Aarau 2019 • Schloss Böttstein

4 neue Artikel

INTERVIEW

SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi: «Das Rahmenabkommen führt zu einer Erpresserdemokratie»

von Kari Kälin und Sasa Rasio • Schweiz am Wochenende • Zuletzt aktualisiert am 2.6.2019 um 15:43 Uhr

Nau.ch Suchwort oder Ortschaft eingeben

Home > News > Schweiz

SVP Frauen: Frauenstreik als Kampf gegen Ausländer-Gewalt

Morgen Freitag findet der Frauenstreik statt. Zu dieser Gelegenheit wollen die SVP Frauen sich gegen Gewalt an ihren Geschlechtsgenossinnen stark machen.

SVP-Nationalrätin Nadja Pieren - Nau

Das Wichtigste in Kürze

Zürich 23°

Schweiz Ausland Wirtschaft Sport People Entertainment Digital Wiss

Zürich Bern Basel Zentralschweiz Ostschweiz Energy Challenge

Ihre Story, Ihre Informationen, Ihr Hinweis? feedback@zominuten.ch

So klingt Wahlkampf 05. Juni 2019 20:18; Akt: 06.06.2019 10:04

Mit diesem Lied will SVP die Wahlen gewinnen

Die SVP will die Schweizer mit einem neuen Song samt «Sünneli» und jungen Tänzerinnen an die Urne locken. Dass das Lied nicht allen gefällt, nimmt die Volkspartei in Kauf.

Videoclip zum Song: SVP-Sünneli

À regarder plus tard Partager

Der neue Song der Schweizer Volkspartei (Video: Youtube/SVP)

«Jahrelang händ mir immer wieder gvarnt: Chömet göhnd gah

Die Arroganz und Ignoranz von EU Juncker



Briefs gar nicht möglich. Er gab der Schweiz dann gerade mal lächerliche sieben Tage Zeit, um die noch offenen Punkte zu regeln. Dabei hielt er zudem fest, dass Änderungen am Vertragstext sowieso ausgeschlossen seien. Das ist ein diktatorisches Gebaren, das Herr Juncker hier an den Tag legt.

Was sich vor einigen Tagen im Poker um den Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der EU abspielte, zeigt einmal mehr, dass der EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker die Funktionsweise unserer direkten Demokratie nicht kennt oder nicht kennen will.

Es ist der Erfolg der SVP, dass der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU vorerst nicht unterzeichnet hat. Immerhin liess er sich dazu bewegen, gegenüber Brüssel Präzisierungen in drei Bereichen, den staatlichen Beihilfen, der Unionsbürgerrichtlinie und dem Lohnschutz zu fordern. Das sind für die SVP allerdings bloss Detailfragen, auch wenn diese im Einzelnen wichtig sind. Der Kern des Abkommens, die automatische Übernahme von EU-Recht oder die verbindliche Rechtsauslegung durch den Europäischen Gerichtshof werden vom Bundesrat scheinbar geschluckt und fanden im Brief an Herrn Juncker nicht einmal eine Erwähnung. Dieser antwortete, wenn auch mit freundlichen Floskeln, so doch höchst unanständig und arrogant innerhalb von nur drei Tagen – da war eine seriöse Prüfung des Schweizer

Man gibt der Schweiz also eine kürzere Frist als jedem schweren Straftäter nach einer Urteileröffnung. Herr Juncker schreibt zudem in der Ich-Form und meint damit im Namen von 28 EU Staaten – soweit sein Selbstverständnis. Das Schreiben trägt in keiner Weise den Umstand Rechnung, dass bei uns Entscheide langsam im Interesse des Landes reifen müssen und es letztlich eine Mehrheit im Volk braucht. Offensichtlich begreift Herr Juncker nicht, dass unser Bundespräsident, den er mit lieber Ueli anschreibt, als ob es sich hier um das gemeinsame Hüten von Schweinen handeln würde, in einer direkten Demokratie nicht einfach selbst entscheiden kann.

Schon nur auf diese Arroganz und Ignoranz gibt es nur eine Antwort: Dieser Vertrag ist freundlich, aber in aller Klarheit zurückzuweisen.

Albert Rösti

**Nationalrat Albert Rösti
Präsident der SVP Schweiz**

Gewalt gegen Frauen hat einen Namen: Nichtintegrierte

Im Hinblick auf den Frauenstreik vom 14. Juni forderten die Frauen der SVP-Fraktion Null-Toleranz bei der Gewalt gegen Frauen. Wie die Statistiken klar zeigen, hat diese einen Namen: nicht integrierte Männer. Die SVP-Frauen fordern Unterstützung der linken Frauen und dass Polizei und Justiz Frauen endlich effizient vor diesen Tätern schützen.

Längst ist statistisch erwiesen, dass ein grosser Teil der Gewalt gegen Frauen importiert ist. Sowohl laut der Kriminalstatistik des Bundes als auch laut der Verurteiltenstatistik sind nicht Männer im Allgemeinen, sondern vor allem nicht integrierte Männer gewalttätig. Migranten sind – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung von rund 25 Prozent – vor allem bei schweren Delikten als Täter übervertreten. So bei den Sexualdelikten. Laut der Kriminalitätsstatistik des Bundes wurden 2018 insgesamt 626 Vergewaltigungen angezeigt. Von den 527 Beschuldigten waren 317 oder rund 60 Prozent Ausländer. Bei den wegen Vergewaltigung verurteilten Erwachsenen betrug der Ausländeranteil 2017 rund 74 Prozent. Bei wegen sexueller Nötigung Verurteilten waren rund zwei Drittel Ausländer.

Auch häusliche Gewalt kommt laut dem Bundesamt für Statistik vor allem bei Migranten vor. So waren 2016 ausländische Männer 3,7-mal häufiger wegen häuslicher Gewalt polizeilich registriert als Schweizer Männer. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Gewalt gegen die Ex-Partnerin – hier waren Ausländer dreimal häufiger Täter als Schweizer.

Jagd auf «unehrenhafte» Frauen

Im öffentlichen Raum unter Menschen fühlen sich viele Frauen heute nicht mehr sicher. Vornehmlich junge Frauen werden im Ausgang oft aufs Übelste verbal beleidigt, sexuell



Die SVP-Nationalrätinnen forderten die Linken am Frauenstreiktag auf, Hand zu bieten, damit in der Schweiz bei Gewalt gegen Frauen endlich Null-Toleranz gilt (zwei Nationalrätinnen fehlten am Fototermin).

belästigt oder handfest angegangen. Junge Männer aus patriarchalen Kulturen verabreden sich dazu, in ihren Augen unehrenhafte Frauen in der Öffentlichkeit buchstäblich zu jagen, zu begripschen und im Extremfall sogar gemeinsam zu vergewaltigen. Ihre Frauen und Mädchen zwingen sie zu Beschneidung, arrangierten Ehen und zur Verschleierung.

Die Linken verschliessen die Augen

Dass ausgerechnet die Linke, die stets vorgibt, an vorderster Front für die Rechte der Frauen zu kämpfen, die Augen vor dieser Realität verschliesst, ist nicht nur absurd, sondern auch verantwortungslos. Statt das Kind beim Namen zu nennen und endlich Hand zu bieten, diese nichtintegrierten Gewalttäter auszuschaffen, respektive ihnen die Aufenthaltsbewilligung zu

entziehen sowie Nichtintegrationswillige gar nicht erst ins Land zu lassen, stellen sie lieber alle Männer unter Generalverdacht und fordern sogar die Anerkennung des Islam als Staatsreligion. Es ist Zeit, die ideologischen Scheuklappen abzulegen: Wer die Migrationsfrage nicht ins Zentrum stellt, blendet einen grossen Teil des Gewaltproblems aus.

Die SVP-Frauen fordern die Linken am Frauenstreiktag dazu auf, endlich die rosa Brille abzulegen und Hand zu bieten, dass in der Schweiz bei Gewalt gegen Frauen endlich Null-Toleranz gilt, dass Behörden, Polizei und Justiz endlich die volle Härte der Gesetze anwenden, damit auch die zukünftige Generationen von Frauen in Freiheit in einer sicheren Schweiz leben können.



Ein neues unabhängiges Gutachten zeigt, dass das EU-Abkommen der direkten Demokratie massiv schadet.

Gefahr für Kantone und Gemeinden

Das institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) hat die gleichen Auswirkungen, wie wenn die Schweiz einer supranationalen Gemeinschaft beitreten würde. Dies würden Kantone und Gemeinden ganz direkt spüren: Etliche Kompetenzen würden eingeschränkt. Ebenso die demokratischen Mitspracherechte der Bürger: Diese hätten bestenfalls noch einen Placebo-Effekt. Die Bundesverfassung würde in verschiedenen Punkten unterlaufen. Darum muss das Abkommen zwingend dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. Zu diesen brisanten Schlüssen kommt ein neues, unabhängiges staatsrechtliches Gutachten.

Aus Bundesbern ist unentwegt zu hören, mit dem institutionellen Rahmenabkommen (InstA) würde der bilaterale Weg „konsolidiert“ und dessen „Weiterentwicklung“ ermöglicht. Liest man die entsprechenden Unterlagen, merkt man bald, dass etwas nicht stimmt. Faktum ist: Das Rahmenabkommen wäre keine Weiterentwicklung, sondern schlicht und einfach das Ende des bilateralen Wegs.

Mit gutem Grund lehnten Volk und Stände eine institutionelle Einbindung in die Europäische Union bislang konsequent ab. Das Nein zum EWR-Beitritt (1992), aber auch das

Nein zum EU-Beitritt (2001) zeigten klar: Die Schweiz will einen selbstständigen Weg gehen und dort, wo es Sinn macht, allenfalls bilaterale Verträge abschliessen. Nun ist klar: Eine Unterzeichnung des InstA wäre das Ende dieses Wegs, und die Schweiz würde unwiderruflich in die EU-Mechanik eingebunden.

Das institutionelle Rahmenabkommen betrifft zwar „nur“ die fünf bestehenden sowie künftige Marktzugangsabkommen. Die institutionellen Mechanismen jedoch – d.h. Rechtsentwicklung, Rechtsauslegung sowie Streitbeilegung – werden zu

einer grossflächigen Angleichung der schweizerischen Rechtsordnung an (unseren Rechtsgrundsätzen widersprechende) europäische Prinzipien führen. Namentlich die Einführung des Prinzips der dynamischen Rechtsübernahme wird zu einer Aushöhlung der Volksrechte, aber auch der Kompetenzen des Parlaments sowie der Kompetenzen von Kantonen und Gemeinden führen.

InstA unterläuft die Bundesverfassung

Das institutionelle Abkommen enthält die Verpflichtung, Weite-

rentwicklungen des europäischen Rechts zu übernehmen. Diese sogenannte „dynamische Aktualisierung“ der Bestimmungen würde tiefe Einschnitte in die schweizerische Rechts- und Verfassungsordnung mit sich bringen, wie ein neues, unabhängiges Gutachten von Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser aufzeigt.

Die Pflicht zur dynamischen Rechtsübernahme bedeutet im Klartext: Die EU beschliesst Bestimmungen, welche die Schweiz übernehmen muss. Die Schweiz hat zwar gewisse Mitsprache-, aber keine Mitentscheidungs- und auch keine Vetorechte. Der Bundesrat wird nicht müde, darauf zu verweisen, dass die Schweiz frei entscheiden könne, ob sie entsprechende Änderungen übernehmen möchte oder nicht. Das erwähnte Gutachten bringt hier mehr Klarheit. Der Autor schreibt unmissverständlich: „Die im InstA vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen untermauern jedoch die Übernahmepflicht auf derart effektive Weise, dass auf Parlament und Stimmberechtigten stets latenter Druck lastet, die Neuerung zu akzeptieren.“

Direkte Demokratie wird ausgeschaltet

Im Klartext heisst dies: Die direkt-demokratischen Abläufe und die Mitspracherechte von Volk und Kantonen

Die Idee, die Schweiz könne noch frei entscheiden, ist eine Illusion.

würden faktisch ausgeschaltet. Die Idee, die Schweiz könne noch frei entscheiden, ist eine Illusion. In verschiedener Hinsicht findet eine Überlagerung der Bundesverfassung statt. So würde das institutionelle Abkommen die föderalistische Rechts- und Verfassungsordnung der Schweiz gefährden.

Die Autonomie von Kantonen und Gemeinden würde in etlichen Be-

reichen beschnitten. Faktisch würde gelten: Was vom Rahmenabkommen erfasst ist, muss auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene nachvollzogen werden und kann nicht mehr anders geregelt werden. Ist europäisches Recht betroffen, entscheidet im Streitfall der Europäische Gerichtshof.

Etliche kantonale Kompetenzen würden empfindlich und stillschweigend eingeschränkt. Mit dem Rahmenabkommen würden automatisch Kompetenzen auf eine höhere (europäische) Ebene verlagert, ohne dass hierfür ein obligatorisches Referendum nötig ist. Genau dies ist heute aber zwingend vorgeschrieben, wenn die Verlagerung kantonaler Kompetenzen auf Bundesebene zur Disposition steht. Die föderalistische Kompetenzaufteilung der Eidgenossenschaft – eines unserer zentralen Verfassungsprinzipien – würde also ausgehebelt.

Schluss mit dem Föderalismus

Brüssel nähme auch direkten Einfluss auf unsere Steuerpolitik. Die Vorgeschichte zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Abstimmung vom 19. Mai 2019) zeigt dies bereits. Ursprung für die Erarbeitung dieser Steuervorlage war die Kritik der EU, dass eine vorteilhafte Besteuerung gewisser Gesellschaften gegen das Verbot staatlicher Beihilfen verstosse. Die Schweiz gab nach und beschloss ein Bundesgesetz – obwohl die Ausgestaltung der Steuerpolitik in der Schweiz immer eine kantonale Kompetenz war.

Die Staatsgarantie für Kantonalbanken – heute in etlichen Kantonen gängige Praxis – würde wohl ebenfalls unter das Verbot staatlicher Beihilfen fallen. Auch dies ein empfindlicher Einschnitt in kantonale Kompetenzen. Neuerdings befürchtet der Mieterverband, selbst die öffentliche Wohnbauförderung könnte von der EU als

unzulässige Beihilfe klassifiziert werden. Die Kompetenzen für Entscheide zur Wohnbauförderung sind in der Schweiz regelmässig auf kommunaler oder kantonaler Ebene angesiedelt.

Es ist denkbar, dass noch etliche weitere Bereiche von der Durchsetzung der EU-Praxis punkto Beihilfen betroffen sein könnten: Elektrizitäts- und Wasserversorgung, kantonale Gebäudeversicherer, Landwirtschaft, Kultur, Sportförderung, Service Public, öffentliche Spitäler, Standortförderung, Wirtschaftsförderung, Tourismus, öffentlicher Verkehr usw.

Volks- und Ständemehr auf jeden Fall zwingend

Dies alles zeigt: Eine obligatorische Abstimmung über ein allfälliges institutionelles Abkommen wäre zwingend. Selbst wenn die Supranationalität des Rahmenabkommens verneint würde, müsste der Genehmigungsbeschluss gemäss Auffassung von Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser dem „obligatorischen Staatsvertragsreferendum sui generis“ unterstellt werden. Er verweist auf verschiedene Präzedenzfälle wie die Abstimmungen über den Beitritt zum Völkerbund (1920), das Freihandelsabkommen Schweiz – EU (1972) oder den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR, 1992).

Darüber hinaus zeigt das Gutachten auf, was ein solches Abkommen für die Schweiz bedeuten würde: massive Einschränkungen für die direkte Demokratie, Zentralisierung und weniger Kompetenzen für Kantone und Gemeinden. Hierzu muss man einfach Nein sagen, wenn man die Schweiz und ihre Demokratie mag.

Von Nationalrat
Gregor Rutz
Zürich (ZH)



Erwerbslose - eine tickende Zeitbombe für die Sozialhilfe

Die Arbeitslosenquote beträgt laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) 2,4 Prozent. Das ist arg beschönigend. Tatsächlich war der Anteil der Erwerbslosen im ersten Quartal 2019 fast doppelt so hoch. Massiv unter Druck: über 50-jährige Arbeitnehmer. Sie landen in der Sozialhilfe, weil sie durch jüngere, günstigere Ausländer ersetzt werden – Personenfreizügigkeit sei Dank.



Über 50-jährige Arbeitnehmer geraten durch die Personenfreizügigkeit massiv unter Druck. Doch statt Arbeit will ihnen der Bundesrat eine entwürdigende Überbrückungsrente anbieten.

Im Schnitt sind hierzulande aktuell 243'000 Menschen erwerbslos. Damit hat die Zahl gegenüber dem letzten Quartal 2018 noch leicht zugenommen. Im europäischen Vergleich steht die Schweiz bezüglich Erwerbslosigkeit heute schlechter da als Österreich, Bulgarien, Estland, Slowenien, Rumänien, Grossbritannien, Malta, Ungarn, Polen, die Niederlande, Deutschland und Tschechien.

Bei der Erwerbslosigkeit steht die Schweiz heute schlechter als Rumänien, Polen oder Deutschland.

Dabei war die Erwerbslosigkeit in der Schweiz in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg extrem niedrig, je-

denfalls wesentlich niedriger als im übrigen Westeuropa.

Beschönigte Arbeitslosenquote

4,9 Prozent der möglichen Berufstätigen hat also keine Arbeit in unserem auf 8,6 Millionen Einwohner angeschwollenen Land. Soweit die kalte Statistik. Wieviel Leid, Enttäuschung und Verzweiflung in den konkreten Schicksalen hinter diesen nackten Zahlen stecken, kann man sich kaum vorstellen. Zu den Erwerbslosen wird jede Person mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz gezählt, die in den vergangenen vier Wochen keine Arbeit hatte, die eine Stelle sucht und innert kurzer Zeit eine Arbeit antreten könnte. Um einen internationalen Vergleich zu

ermöglichen, wird heute die Berechnungsart der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) herangezogen. So macht es korrekterweise auch das Bundesamt für Statistik, während das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) jeweils die Arbeitslosenquoten der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren Gemeldeten vorlegt, also die Ausgesteuerten aus der Statistik verschwinden lässt. Diese Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 2,4 Prozent. Man wird den Verdacht nicht los, das Seco wolle so unerfreuliche Tatsachen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt etwas beschönigen.

Personenfreizügigkeit setzt Ältere unter Druck

Eine Erwerbslosenstatistik wird seit 1991 geführt. Damals waren noch

79'000 Personen erwerbslos, davon 57'000 Schweizer. Bei Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit den 15 ersten EU-Staaten im Jahr 2007 gab es bereits 180'000 erwerbslose Personen, davon 105'000 Schweizer. Und jetzt, im ersten Quartal 2019, zählt das Bundesamt für Statistik bei den 243'000 Erwerbslosen 114'000 Ausländer. 63'000 stammen aus den EU/Efta-Staaten, 51'000 aus Drittstaaten. Von den In- und Ausländern sind 91'000 seit einem Jahr und mehr erwerbslos, 125'000 sind nicht in einer Regionalen Arbeitsvermittlung eingeschrieben. Dabei herrscht noch immer eine wirtschaftliche Hochkonjunktur. Man kann nur erahnen,

wie rasch die Erwerbslosenquote weiter explodieren wird, sobald sich die wirtschaftliche Situation wieder abkühlt.

Beunruhigend ist, dass im Gegensatz zur gesamthaft leicht rückläufigen Erwerbslosigkeit im Vergleich mit

Der Vorschlag des Bundesrates führt dazu, dass Firmen noch weniger Skrupel haben, ältere Mitarbeitende zu entlassen.

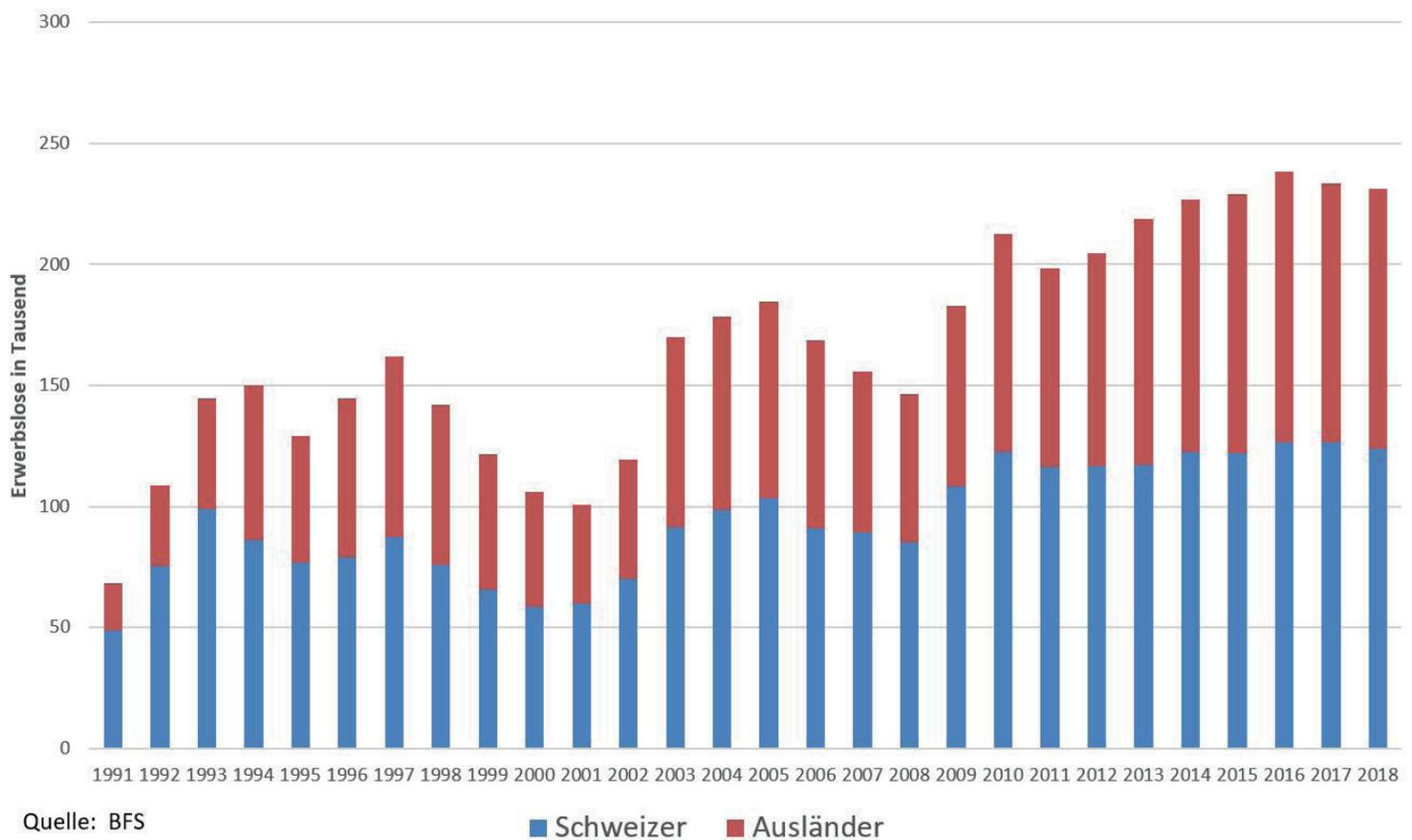
dem ersten Quartal des letzten Jahres die Quote bei den 50- bis 64-Jährigen von 4,4 auf 4,6 Prozent angestiegen ist. Das Problem der «Ü50» ist also durchwegs real. Dies musste auch der

Bundesrat anerkennen und will nun eine Überbrückungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 Jahren einführen. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber um eine unwürdige Entlassungsrente, werden doch so die Firmen künftig noch weniger Skrupel haben, 58-Jährige zu entlassen, um sie für zwei Jahre der Arbeitslosenkasse und dann der Überbrückungsrente anzuhängen.

Von Nationalrat
Thomas Matter
Meilen (ZH)



Dramatischer Anstieg der Arbeitslosenzahlen – trotz Hochkonjunktur



D'Volkspartei isch für alli da - Freiheit, Heimat, zämä stah!

Am 4. Juni ging mitten in Bern das Sünneli auf: Die SVP Schweiz liess bei einem SVP bi de Lüt auf dem Waisenhausplatz die Sonnen zu ihrem neuen Sünneli-Song tanzen. Am Anlass trafen sich die SVP-Fraktion, Bundespräsident Ueli Maurer und Bundesrat Guy Parmelin mit der Berner Bevölkerung zum Austausch. Dies bei Wurst, kühlen Getränken, schönstem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen. Es war jedoch die Kantonspolizei Bern, die massgeblich zum reibungslosen Gelingen des SVP bi de Lüt beigetragen hat: Sie verhinderte diskret und effektiv, dass linke Chaoten ihre Drohung in die Tat umsetzen und die Menschen auf dem Waisenhausplatz angreifen und vertreiben konnten.



Nationalrat Felix Müri (LU) stellt die SVP-Sünneli und ihren Song vor.



Parteipräsident Albert Rösti freut sich über den Austausch mit der Bevölkerung.



Der Berner Kantonalpräsident und Nationalrat Werner Salzmann präsentiert die Berner Kandidaten.

Sehen Sie den Videoclip zum Anlass und jenen zum Sünneli-Song auf: www.svp.ch



Waisenhausplatz abends um 18 Uhr: Gute Stimmung und gute Gespräche bei Bratwurst und kühlen Getränken.



Strahlen um die Wette: Die Nationalräte Christian Imark (SO), Andreas Glarner (AG) und GS-Mitarbeiterin Trudi Mösching.



Michaël Buffat und Céline Amaudruz (Nationalräte VD und GE), Bundesrat Guy Parmelin, Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)



Lächeln für die Kamera: Bundespräsident Ueli Maurer mit einer fröhlichen Bernerin.



Nationalrat Adrian Amstutz (BE): „In der Schweiz ist das Volk zuoberst.“

Die Schweiz braucht eine Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen

Volk und Stände haben klar Ja gesagt zur Engpass- und Staubeseitigung auf den National- und Agglomerationsstrassen. Links-grün will diesen Auftrag mit Scheinargumenten verzögern. Die SVP setzt sich dafür ein, dass der Ausbau nun zügig ausgeführt wird.



Der Strassen-Güterverkehr ist für die Versorgung der Schweizer Bevölkerung unabdingbar. Er braucht nun endlich annehmbare Bedingungen.

Im Unterschied zum Schienenverkehr, wo die Bahnbenützer lediglich 46 Prozent an ihre Gesamtkosten beitragen, bezahlen die Autofahrer 86 Prozent ihrer Kosten selber. Der für die Versorgung der Menschen und der

Volk und Stände haben mit grosser Mehrheit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) zugestimmt

Wirtschaft in der Schweiz unabdingbare Strassen-Gütertransport deckt seine Kosten sogar zu 91 Prozent bei schweren Lastwagen und zu 92 Prozent bei Lieferwagen. Deutlich tiefer lag die Eigenfinanzierungsquote bei der Schifffahrt mit 62 Prozent und beim Schienengüterverkehr mit nur 50 Prozent.

Trotzdem wollen die rotgrünen Linken die Autofahrer und Gütertrans-

porteure immer noch mehr schröpfen. Und als „Dank“ für die hohen Staatsabgaben werden die Abgezockten durch den staatlich vernachlässigten Ausbau der Strasseninfrastruktur täglich im Stau blockiert und mit immer neuen Verkehrsbeschränkungen schikaniert. Die SVP wehrt sich dezidiert gegen diese immer dreistere Abzockerei und Schikane der grossen Mehrheit, die auf ihr Auto, ihr Motorrad oder den Reisebus angewiesen

sind und für die Chauffeure, die uns alle täglich mit Lebensmittel und Gütern versorgen.

Es braucht alle Verkehrsträger

Nur das optimale Zusammenspiel aller Verkehrsträger kann die Mobilitäts- und Transportbedürfnisse in der Schweiz erfüllen. Dabei sind die Stärken der verschiedenen Verkehrsträger optimal zu vernetzen und nicht politisch gegeneinander auszuspielen. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Verkehrsträger auch für ihre selber verursachten Kosten aufkommen. Es darf nicht sein, dass Autofahrer über immer noch höhere Benzin- und Dieselpreise, immer noch höhere Motorfahrzeugsteuern und Mehrwertsteuern die Bahn immer noch mehr mitfinanzieren müssen. Schon heute zwackt der Staat dem Autofahrer pro Liter Treibstoff rund die Hälfte des Säulenpreises

Eine Million mehr Menschen in der Schweiz in den letzten 12 Jahren - und damit neu insgesamt über 8,5 Millionen Einwohner - wollen täglich zu jeder Zeit versorgt sein.

ab. Und der nächste staatliche Raubzug über eine sogenannte CO2-Steuer von bis zu 20 Rappen pro Liter Diesel oder Benzin ist bereits geplant. Das wird die SVP bekämpfen.

Die SVP will die Staus eliminieren

Volk und Stände haben mit grosser Mehrheit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) mit einem gesicherten Finanzierungsmodell zugestimmt. Damit hat sich die Mehrheit auch klar für die Engpass- und damit Staubeseitigung auf unseren National- und Agglomerationsstrassen ausgesprochen. Die SVP wird dafür eintreten, dass der Auftrag von Volk und Ständen von Bundesrat

und Parlament jetzt zügig ausgeführt und nicht, wie sich bereits von linksgrüner Seite abzeichnet, erneut mit Scheinargumenten weiter verzögert wird. Klar ist aber, dass der Verkehrszuwachs nur aufgefangen werden kann, wenn auch die Zuwanderung, wie vom Volk mit dem Ja zur Massenzuwanderungs-Initiative beschlossen, endlich wirksam begrenzt wird. Ansonsten werden Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsbedarf Jahr für Jahr weiter auseinanderklaffen. Der Verkehrskollaps auf der Strasse, wie auch auf der Schiene, wird dann mit allem Geld der Welt nicht mehr zu vermeiden sein. Die Schweiz verkraftet keine 10 oder gar 12 Millionen Einwohner.

10 Millionen Einwohner sind nicht verkraftbar

Eine Million mehr Menschen in der Schweiz in den letzten 12 Jahren - und damit neu insgesamt über 8,5 Millionen Einwohner - wollen täglich zu jeder Zeit versorgt sein. Der Strassen-Gütertransport stellt sicher, dass Lebensmittel und Getränke, die Post, entsprechender Wohnraum, Gesundheitsleistungen usw. zur rechten Zeit am richtigen Ort sind. Der Strassen-Gütertransport räumt auch die Kehrrichtberge von der Strasse. Darum braucht der Gütertransport auf der Strasse, wie auch auf der Schiene, annehmbare Rahmenbedingungen zur Erfüllung seines unabdingbaren Auftrages. Dies ist heute weder auf der Strasse, noch auf der Schiene, der Fall. Den Strassentransport behindern mittlerweile jährlich gegen 26'000 Staustunden in seiner Arbeit und auf der Schiene fehlen die notwendige Flexibilität, die Verlässlichkeit sowie die Kapazitäten.

Der Bundesrat muss die Abmachungen einfordern

Wohl wird im 2021 die NEAT mit dem Gotthard- und Ceneri-Tun-

nel in Betrieb gehen, aber insbesondere Deutschland ist mit seinen ebenfalls auf 2021 versprochenen Zulaufstrecken um Jahrzehnte im Verzug. Die vom Volk beschlossene Gütertransport-Verlagerung von Grenze zu Grenze (nicht von Erstfeld nach Bodio) wird also noch lange auf sich warten lassen. Nur wenn Deutschland und Italien endlich mit ihren Zulaufstrecken vorwärts machen, ist das Ziel einer durchgehenden und damit zielführenden Verlagerungs-Alternative auf der Hauptachse Rotterdam - Genua zu erreichen. Ansonsten bleibt das grösstenteils von den Schweizerinnen und Schweizer via LSVA-Abgaben und Steuern finanzierte 20 Milliarden NEAT-Bauwerk eine halbgenuzte Kathedrale in der Güterbahnwüste Italien und Deutschland.

Die SVP fordert deshalb den Bundesrat auf, insbesondere bei Deutschland die vertraglichen Abmachungen einzufordern und die Fertigstellung des Lötschberg-tunnels als Ergänzung zur Gotthard-Route zu realisieren. Die SVP lehnt aber eine (Mit)finanzierung der NEAT-Anschlüsse auf deutscher und italienischer Seite ab.

Zudem ist der EU klar zu machen, dass das Kabotageverbot nicht verhandelbar ist. Wirksam kann das Kabotageverbot aber nur sein, wenn die Grenz- und Polizeibehörden das Verbot endlich konsequent durchsetzen, statt Chauffeure wegen Bagatellen zu büssen.



Von Nationalrat
Adrian Amstutz
Sigriswil (BE)

Mehr Motorräder schaffen Platz auf den Strassen

Die Zahl der Motorräder hat sich in der Schweiz seit 2000 fast verdoppelt. Der Grund: Die Staus bringen motorisierte Verkehrsteilnehmer dazu, aufs Motorrad zu wechseln. Sie helfen, die Stauprobleme zu entschärfen. Im Gegenzug werden sie mit Bussen und Schikanen terrorisiert.

Der Bestand an Motorrädern hat sich seit 2006 von 600'000 auf 720'000 erhöht. Das passierte ohne viel Aufsehen. Motorräder und Roller hätten das Potenzial, viel zur Lösung der Stauproblematik beizutragen. Aber es passiert genau das Gegenteil. Sie werden politisch bedrängt, ja sogar schikaniert.

Wie die Autofahrer so haben auch die Motorradfahrer mit Bussen-Terror, Temporeduktionen, unnötigen 30er-Zonen, Fahrbahnverengungen, unlogischen Ampel-Systemen mit Pfortneranlagen und immer mehr Sondervorschriften zu kämpfen. Zur Arbeit mit dem Motorrad pendeln tönt gut, ist in der Realität aber eine Herausforderung. Suchen Sie in unseren Städten mal legale Motorrad-Park-

plätze in unmittelbarer Nähe der Arbeitsplätze. Einige Städte heben sogar Motorrad-Parkplätze auf, zugunsten von Veloparkplätzen. Oder sie belegen sie mit horrenden Parkgebühren. Da machen gerade links-grün dominierte Städte einen grossen Fehler, denn Motorrad- und Rollerfahrer könnten einen grossen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme und für den Umweltschutz leisten – wenn man es politisch nicht verhindern würde.

Stopp den Sondervorschriften!

Die von der Zweiradbranche nachhaltig unterstützte Sensibilisierung der Motorrad- und Rollerfahrer – etwa auf gut sichtbare Schutzbekleidung, verbessertes Fahrkönnen, defensive Fahrweise, Besuch von Weiterbil-

dungskursen – schlägt sich erfreulicherweise in den seit Jahren rückläufigen Unfallzahlen nieder. Auch der technische Fortschritt – ABS-Bremstechnik auch in Kurven, Traktionskontrollen, oder den Fahrbedingungen anpassbare Fahrmodi – führen zu einem Sicherheitsplus. **Die SVP fordert einen Stopp der zunehmenden Sondervorschriften für Motorradfahrer sowie mehr kostenlose Motorrad-Parkplätze in den Städten.**



Von Nationalrat
Walter Wobmann
Gretzenbach (SO)

GOAL GLOSSAR

plakativ

plakativ

aus dem Niederl.; Ableitung von Plakat
bewusst herausgestellt; auffällig; sehr betont

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

TICKET-VORVERKAUF
055 293 50 16
mariabildstein2019.ch

500 JAHRE MARIA BILDSTEIN

FREILICHTSPIELE BENKEN SG
2. AUGUST – 6. SEPTEMBER 2019

Miriam und das
geheimnisvolle Medaillon

RAIFFEISEN | Kanton St. Gallen Kulturförderung | GROSSLOOS | kul | 1113 | Zürichsee/Linth | Linth-Zeitung | OBERSEE NACHRICHTEN | zürcher

HIER KÖNNTE IHR
INSERAT STEHEN

HIER KÖNNTE IHR
INSERAT STEHEN

Für Informationen:
klartext@svp.ch

HIER KÖNNTE IHR
INSERAT STEHEN

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO

SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

Mit Frühförderung soll die verfehlte Migrationspolitik ausgebügelt werden

Jetzt ruft Mitte-Links nach flächendeckender frühkindlicher Förderung, dies obwohl deren Nutzen nicht erwiesen ist. Angesichts der Tatsache, dass Gewalt in der Erziehung bei nicht integrierten Familien ein häufigeres Problem ist, liegt der Verdacht nahe, dass eine verfehlte Zuwanderungspolitik durch staatlich verordnete Krippenerziehung wettgemacht werden soll.

Oft werden Eltern belächelt, die beruflich kürzer treten, um sich um ihre Kinder zu kümmern. Dies obwohl die Wichtigkeit einer konstanten Bezugsperson vor allem in den ersten Lebensjahren für die gesunde Entwicklung eines Kindes längst erwiesen ist. Trotzdem fordern die Kritiker des traditionellen Familienmodells, das immerhin von rund drei Vierteln der Schweizer Familien gelebt wird, Frühförderung habe als Staatsaufgabe zu gelten.

Familie ist stärker als Krippe

Es reicht nicht, dass eine mitte-links Parlamentsmehrheit seit 2003 bereits drei Mal auf Bundesebene eine Krippenanschub-Finanzierung durchgesetzt hat, die nun zur Dauer-subventionierung zu verkommen scheint. Neu soll zusätzlich jedem Kind ab Geburt bis ins Erwachsenenalter der Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) garantiert sein.

Nach der Geburt sollen nicht mehr die Eltern, sondern wird der Staat die Verantwortung für die Entwicklung, Förderung und Erziehung der Kinder übernehmen. Die Befürworter rechtfertigen dies mit volkswirtschaftlichen Aspekten: Die staatliche Investition in die frühe Kindheit erziele angeblich die höchste Bildungsrendite. Eine krasse Fehlinterpretation von Studienergebnissen. Individuelle Begabungen, Leistungsfähigkeit, körperliche Belastbarkeit, Durchhaltewillen etc. werden dabei vollkommen ignoriert.

Ebenso die Wissenschaft: Margrit Stamm, emeritierte Professorin für



Statt Migranten zur Einhaltung der hiesigen Regeln zu verpflichten, fordert die Linke lieber mehr Förder- und Erziehungsmaßnahmen.

Erziehungswissenschaften der Universität Fribourg, erklärte in einem Interview, es sei empirisch nicht nachgewiesen, dass die Kita für «Startchancengleichheit» Sorge, wie stets euphorisch behauptet werde. Die Familie habe eine viel grössere Wirkung auf ein Kind, selbst wenn die Kita ihre Arbeit vorzüglich mache.

Die Linke schaut aus ideologischen Gründen lieber weg

Weshalb also drängt vor allem die Linke derart auf den Ausbau der frühen Förderung? Der Verdacht liegt nahe, dass die geforderten Massnahmen in erster Linie auf Zuwanderer abzielen. Dass es Migrantenkinder oft schwieriger haben als Schweizer Kinder, vor allem wenn ihre Eltern unsere Sprache nicht beherrschen oder beherrschen wollen, ist bekannt. Bisher weniger thematisiert wurde, dass Gewalt in Migrantenfamilien offenbar vermehrt traurige Realität ist. Laut einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) setzen Einwanderer weit häufiger schwere Gewalt als Erziehungsmittel ein als dies Schweizer Eltern tun. Vor allem bei Familien aus

afrikanischen Ländern, aus Brasilien und aus dem arabischen Raum sei dies weit verbreitet.

Wie bei der Gewalt gegen Frauen, die zu einem erheblichen Teil von Nichtintegrierten ausgeübt wird, schaut die Linke auch hier aus ideologischen Gründen lieber weg. Statt die Folgen ihrer verfehlten Asyl- und Zuwanderungspolitik gezielt anzugehen und Migranten zur Einhaltung der hiesigen Regeln zu verpflichten, fordern sie flächendeckend noch mehr staatliche Förder- und Erziehungsmaßnahmen. Dies notabene einmal mehr auf Kosten des Mittelstandes und all jener Eltern, die ihre Verantwortung wahrnehmen. Dies erinnert an das verwerfliche Gedankengut, mit welchem die Verdingkinder zur besseren Erziehung weggegeben wurden. Bei solchen Eingriffen sollte der Staat mehr Zurückhaltung üben.

Von Nationalrätin
Verena Herzog
Frauenfeld (TG)



KESB-Initiative – schützen Sie Ihre Freiheit!

Keine Behörde hat so viel Macht wie die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb). Die Kesb-Initiative will dies ändern. 70'000 Unterschriften sind gesammelt, wir brauchen aber noch mindestens 30'000 weitere, damit die Initiative zustande kommt. Helfen Sie mit und schützen Sie damit Ihre persönliche, rechtliche und finanzielle Freiheit.

Unterschreiben Sie jetzt die Volksinitiative «Eigenständiges Handeln in Familien und Unternehmen (Kindes- und Erwachsenenschutz-Initiative)»!

Es kann jeden treffen, dass plötzlich die Kesb über ihn bestimmt.

Es kann jeden von uns jederzeit treffen: Wegen eines Unfalls, einer Krankheit, einer vermeintlichen oder effektiv beginnenden Demenz, oder auch nach einer Gefährdungsmeldung, kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde über Sie verfügen. Jeder kann anonym und kostenlos eine Gefährdungsmeldung gegen Sie einreichen und die KESB muss aktiv werden. Als Konsequenz kann die KESB einen fremden Berufsbeistand einsetzen, der zusammen mit der KESB über Ihre Person, Ihren Aufenthaltsort, Ihr Vermögen, Ihr Haus, Ihre Wohnung oder sogar über Ihre Familienunternehmung bestimmen und verfügen kann.

Weshalb braucht es dringend die KESB-Initiative?

Anders als in anderen Rechtsgebieten liegt die Beweislast hier nicht bei der Behörde, die in Ihre Freiheit eingreifen will, sondern bei Ihnen selber als betroffene Person. Nicht die KESB muss beweisen, dass ein Eingreifen notwendig ist, sondern Sie müssen beweisen können, dass Sie gut ohne die KESB zurechtkommen. Als eines von vielen Beispielen aus der Praxis: Für eine ältere Person, die nach einer Gefährdungsmeldung mit physischer Gewalt aus ihrem Eigenheim

abgeführt, in einem Heim platziert und dort mit Medikamenten ruhiggestellt wurde, und die ab sofort keinen Zugriff mehr auf ihr Vermögen hatte, um einen Anwalt zu bezahlen, war das schlicht unmöglich. Die KESB-Initiative will diese Beweislast wieder umkehren und die masslose Macht der KESB einschränken.

Ein Vorsorgeauftrag schützt nur bedingt

Geeignete KESB-Mitarbeitende leisten gute und nützliche Arbeit, ihnen gebührt entsprechende Wertschätzung. Es gibt aber leider auch allzu viele schlechte, ungeeignete KESB-Mitarbeitende, die das Leben von Betroffenen zur Hölle machen. Die KESB kann über Sie verfügen, und Sie müssen den langen, nervenaufreibenden und teuren Rechtsweg beschreiten, um sich wieder von der KESB zu befreien. Wenn das denn überhaupt möglich ist. Und wenn Sie gewinnen, bleiben Sie oft auf den Anwaltskosten sitzen. Keine Behörde in diesem Land hat so viel Macht wie die KESB.

Viele ältere Menschen sind betroffen, aber zum Beispiel auch junge Eltern mit unmündigen Kindern: Wenn ein Elternteil urteilsunfähig wird oder stirbt erhalten die unmündigen Kin-

der von der KESB einen Beistand zugewiesen, welcher über das Leben der Kinder bis zur Mündigkeit mitbestimmt. In den meisten Fällen ist das ein fremder Berufsbeistand. Dieser bestimmt auch mit, ob ein Haus verkauft oder eine Wohnung renoviert werden darf, denn er entscheidet, wie das Kindesvermögen «sinnvoll» verwendet wird.

Die Errichtung eines Vorsorgeauftrages ist eine wichtige Sofort-Massnahme. Er schützt Sie aber nur bedingt. Unter der aktuellen Gesetzgebung kann die KESB entscheiden, ob der von Ihnen eingesetzte Vorsorgebeauftragte «geeignet», bzw. genehm ist. Sie kann sich über Ihren Wunsch hinwegsetzen.

Helfen Sie mit, unterschreiben Sie die beiliegende KESB-Initiative und senden Sie sie schnell zurück. Vielen herzlichen Dank!

Für mehr Informationen:
www.kesb-initiative.ch

Von Nationalrätin
Barbara
Keller-Inhelder
Jona (SG)



Am 14. Juni hat die SVP Schweiz ein Extrablatt in alle Haushalte verteilen lassen. Dies mit dem Ziel, angesichts der Klima-Hysterie ungefiltert zu informieren. Die Schweiz als direktdemokratisches Land mit ihrer offenen Gesellschaft hat der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit besondere Beachtung zu schenken. Wir haben in den letzten 30 Jahren eine Umwälzung der Medienlandschaft erlebt. Die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen im publizistischen Bereich führt zu einer Angleichung der Inhalte.

Die Folge: Wenige Medienhäuser haben die Hoheit über die publizierte Meinung und damit eine unheimliche Machtfülle. Was sie verschweigen, wird kaum mehr wahrgenommen. Diese Entwicklung ist gefährlich, besonders dann, wenn Verlage politische Interessen verfolgen.

Die SVP wird oft verzerrt dargestellt: Die Medien verschweigen häufig ihre Ziele, Aktivitäten und Erfolge. Die SVP hat ein konsequentes, freiheitliches und bürgerliches Programm. Es ist massgeblich ihr Erfolg, dass wir uns als Schweiz aus dem Europäischen Wirt-

schaftsraum (EWR) und der EU herausgehalten haben. Bei Wohlstand, Arbeitsplätze und Verschuldung steht die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarstaaten noch immer gut da. Diese Errungenschaften sind jedoch gefährdet.

Falls Sie das Extrablatt verpasst haben: Lesen Sie auf dieser und der nächsten Seite eine Kostprobe oder online unter www.svp.ch



Vernunft statt Ideologie

Veränderungen beim Klima bereiten derzeit zahlreichen Menschen Sorge. Links-grüne Ideologen versuchen, diese Situation schamlos auszunutzen, um ihre untauglichen Rezepte salonfähig zu machen. Wir sollten widerstehen und vernünftig handeln.

Auf die schrille Panikmache soll der sozialistische Umbau unserer Gesellschaft folgen. Das ist das politische Ziel der links-grünen Klima-Ideologen, die sich derzeit öffentlichkeitswirksam und mit noch nie dagewesener medialer Unterstützung inszenieren und nicht davor zurückschrecken, Ahnungslose zu missbrauchen.

Der Mittelstand soll über neue Gebühren und Abgaben abgezockt und das Geld umverteilt werden. Bürgerinnen und Bürger sollen umerzogen werden und ihren Lebensstil ändern, Gewerbe und Landwirtschaft durch neue Vorschriften bevormundet werden. Hinter dem grünen Mäntelchen verstecken sich roter Zwang und knallharte Machtpolitik.

Falschspieler am Werk

Die gleichen Kreise, die den Pendlern das Auto verbieten, das Fleisch aus den Kantinen verbannen und den Leuten mit neuen Klima-Steuern das sauer verdiente Geld aus der Tasche ziehen wollen, setzen sich für freie Zuwanderung ein und drängen die Schweiz in die EU. Sie sind dafür verantwortlich, dass heute in unserem Land eine Million Menschen mehr leben als noch vor elf Jahren. Sie verantworten, dass wir bald eine 10-Millionen-Schweiz haben. Sie sorgen

damit für einen höheren Energieverbrauch, mehr Verkehr, verbaute Landschaften und grenzenlosen Konsum.

Genau diese Kreise bieten sich nun als grüne Retter an. Wir sollten nicht auf die dreiste Masche dieser falschen Propheten hereinfallen.

Mass halten

Auf die Sorgen der Menschen wegen der Veränderung des Klimas müssen wir vielmehr mit Vernunft, gesundem Menschenverstand und massvollem Handeln reagieren. Das heisst: lokal produzieren und einkaufen, praktischen Umweltschutz betreiben über Recycling und die Wiederverwertung von Rohstoffen, auf neue, sparsame Technologien setzen, die Zuwanderung sinnvoll steuern, zur Landschaft Sorge tragen, im eigenen Umfeld Mass halten. Es gibt vernünftige und wirkungsvolle Ansätze. Links-grüner Extremismus schadet hingegen der Schweiz.

*Albert Rösti
Nationalrat und
Parteipräsident*





Wer steckt hinter der
grünen Klima-Hysterie?

So wollen Linke und Grüne den Mittelstand umerziehen:

Forderungskatalog für neue Steuern und Abgaben

Kosten pro Haushalt und Jahr in CHF

Höhere Benzinpreise: plus 20 Rappen pro Liter = rund 450 Franken im Jahr (für einen Familien- und Pendlerhaushalt), es wurden auch schon 5 Franken für einen Liter Benzin gefordert	450.00
Gebühren für die Nutzung der Strassen, sog. Mobility- und Roadpricing: plus 1'000 Franken für 10'000 km Autofahren	1'000.00
CO ₂ -Strafe für Heizöl: bis zu 1'500 Franken zusätzlich im Jahr (Beispiel-Haushalt)	1'500.00
Solarstrom: plus 2'616 Franken im Jahr (Beispiel-Haushalt)	2'616.00
«Dreckstromabgabe» für Atomstrom: plus 495 Franken (bei durchschnittlichem Stromverbrauch)	495.00
Streichung von Steuerabzügen: für Kinder, Pendlerkosten, Bausparen, Spenden, Altersvorsorge, ökologische Sanierungen (Beispiel-Familie)	3'941.00
Verdoppelung der Mehrwertsteuer: auf 5'250 Franken pro Kopf bei einem EU-Mindestsatz von 15%	5'250.00
Verdoppelung der Flugpreise: Beispiel-Flug nach London für einen vierköpfigen Haushalt: 899.60 statt 400 Franken	499.60
Verbot von Ölheizungen: Zusätzliche Mietkosten bei einer energetischen Sanierung (Beispiel-Haushalt)	1'128.00
Mehrkosten für sogenannte ökologisch korrekte Haushalte: Bio-Lebensmittel, nachhaltige Produkte usw.	bis zu 2'500.00
Jährliche mögliche Mehrkosten für eine Mittelstands-Familie	bis zu Franken 19'379.60

Wofür die Betreuungs-Industrie das Geld verschleudern will:

«Bedingungsloses Grundeinkommen»	2'500 Franken im Monat fürs Nichtstun
Immer mehr Geld ins Ausland	4 Milliarden Franken Entwicklungshilfe im Jahr
Asylkosten	1,5 Milliarden Franken alleine aus der Bundeskasse



... Der rote
Umverteilungs-Teufel!

Das wollen die Umerzieher auch noch:

- Null CO₂-Ausstoss bis 2030 in der Stadt Zürich durch völligen **Verzicht auf Erdöl- und Erdgasheizungen**. Dafür Solarzellen auf allen Dächern.
- **Kein Ersatz von Ölheizungen** durch neue Ölheizungen.
- **Verbot von Flügen** innerhalb der Schweiz.
- **Verbot** von Geländewagen.
- **Verbot** von Plastiksäcken.
- **Keine Absatzförderung** für die landwirtschaftliche Fleischproduktion.
- **Reduktion** des Fleischkonsums. Fleischfreie Tage in Altersheimen und Kantinen.
- **Keine Zulassung** für neue Personenwagen mit Verbrennungsmotoren ab 2025. Totalverbot ab 2035.
- **Null** CO₂-Emissionen in der ganzen Schweiz. **Kein** Erdöl, **kein** Benzin, **kein** Diesel und **kein** Erdgas mehr ab 2050.
- **Keinen** Auto- und Motorradverkehr an vier Sonntagen pro Jahr in der ganzen Schweiz.
- **Keinen Ausbau** der Schweizer Flughäfen.
- **Ablasshandel** für CO₂-Zertifikate auf Kosten der Bevölkerung durch massive **Verteuerung** energiereicher Produkte.
- **Abschaffung** der freien Wohnungswahl zugunsten von Einheits-Überbauungen.
- **Massive Verteuerung** aller Flugtickets. Reiselust adé.

Falls Sie das Extrablatt
verpasst haben: Lesen Sie auf dieser
und der vorherigen Seite eine
Kostprobe oder
online unter www.svp.ch